

N i e d e r s c h r i f t

HFA/030/2007

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 07.08.2007**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
		Anwesend bis 19:38 Uhr
Herr Christian Kaisel	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
		Anwesend ab 17:30 Uhr

Vertreter:

Herr Manfred Brinkmann	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
------------------------	-----	--

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Jan Kuhlmann	Beigeordneter
Herr Raimund Hötter	Fachbereichsleiter FB 8
Herr Wolfgang Nehus	Stellv. Fachbereichsleiter FB 7
Herr Reinhold Künstler	Fachbereichsleiter FB 3
Herr Ludger Schöpfer	Fachbereichsleiter FB 2
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Günter Strauch	Projektmanagement
Frau Florentine Kühs-Sandmann	Produktmitarbeiterin Projektmanagement
Herr Michael Netter	Personalratsvorsitzender
Herr Günter Zahn	Produktmitarbeiter FB 4
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
-----------------------	-----	--------------

beratende Mitglieder:

Herr Ulrich Beckmann	Sozial Liberal	Ratsmitglied
----------------------	----------------	--------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Frau Dr. Kordfelder auf einen Antrag zur Tagesordnung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen, den Tagesordnungspunkt 19 „Leistungsorientierte Bezahlung der Bediensteten der Stadt Rheine – Einbeziehung der Beamten und Beamtinnen“ aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung im öffentlichen Teil zu erörtern.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, diesen Punkt als TOP 10.1 zu beraten.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses stimmen dem Vorschlag zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung am 05. Juni 2007

I/A/0415

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 05. Juni 2007 gefassten Beschlüsse

I/A/0430

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

Ein besonderer Bericht zu den gestellten Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu die Stellungnahme auf dem der Einladung beigefügten Hinweiszettel abgegeben habe.

3. Informationen

I/A/0490

3.1. Anzeige der Haushaltssatzung der Stadt Rheine für das Haushaltsjahr 2007

Frau Dr. Kordfelder verliest den der Niederschrift als Anlage 1 beigefügten Vermerk zur Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Rheine für das Jahr 2007.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

**4. Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept
- Priorisierung der Leitprojekte
Vorlage: 315/07**

I/A/0675

Frau Dr. Kordfelder erläutert ausführlich die Vorlage. Darüber hinaus teilt sie mit, dass in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung signalisiert wurde, einen Ratsbeschluss erst nach ausführlichen fraktionsinternen Beratungen am 06. November 2007 zu beschließen.

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Niehues mit, dass seine Fraktion dem geänderten Beschlussvorschlag zustimmt. Die CDU-Fraktion werde im Rahmen einer Klausurtagung im September und/oder Oktober den Gesamtkomplex im Detail betrachten, um in der Ratssitzung am 06. November 2007 eine endgültige Entscheidung treffen zu können.

Herr Roscher gibt bekannt, dass die jetzige Prioritätenliste bei der SPD-Fraktion Anklang finde. Bei der Erarbeitung sei jedoch deutlich geworden, dass die Priorisierung kein statisches Element sein könne. Eine Veränderung der Priorisierung müsse in jedem Falle möglich sein.

Nach einer ausführlichen Diskussion über die Art und Form der Dokumentation sowie die dafür angefallenen Kosten lässt Frau Dr. Kordfelder über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Vorlage „Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept – Priorisierung der Leitprojekte“ eingebracht ist.

Die Grundsatzberatung wird in der Ratssitzung am 06. November 2007 erfolgen.

**5. Wahl einer/eines neuen 2. stellvertretenden Vorsitzenden im
Haupt- und Finanzausschuss
Vorlage: 327/07**

I/A/2867

Frau Dr. Kordfelder erläutert die Vorlage und fragt die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nach einem Vorschlag.

Herr Reiske schlägt Herrn Rainer Ortel zum neuen 2. stellvertretenden Vorsitzenden im Haupt- und Finanzausschuss vor. Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, in einer offenen Abstimmung hierüber zu entscheiden. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen nicht.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss wählt Herrn Rainer Ortel zum neuen 2. stellvertretenden Vorsitzenden im Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

Auf Nachfrage von Frau Dr. Kordfelder nimmt Herr Ortel die Wahl zum neuen 2. stellvertretenden Vorsitzenden im Haupt- und Finanzausschusses an und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

6. Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Elternbeiträge für den Besuch der Tageseinrichtungen für Kinder Vorlage: 331/07

I/A/3005

Herr Hemelt verliest für die SPD-Fraktion die der Niederschrift als Anlage 2 beigefügte Stellungnahme und Beschlussänderung.

Frau Ehrenberg erläutert zum derzeitigen Gesetzgebungsverfahren.

Es wird Einigkeit darüber erzielt im derzeitigen Stadium des Verfahrens keine weiteren Resolutionen zu verabschieden.

Herr Reiske schlägt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, den Beschluss wie folgt zu ändern:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, den Antrag der SPD-Fraktion vom 20. 07 2007 auf Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertageseinrichtungen und auf Verabschiedung einer Resolution zum Thema „Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren“ zurückzustellen.

Nach einer ausgiebigen Diskussion lässt Frau Dr. Kordfelder vorerst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen:

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	6	Ja-Stimmen
	10	Nein-Stimmen
	3	Enthaltungen

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion ist somit abgelehnt.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Änderungsvorschlag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, den Antrag der SPD-Fraktion vom 20. 07 2007 auf Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertageseinrichtungen und auf Verabschiedung einer Resolution zum Thema „Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren“ zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen

7. Sicherheit und Sauberkeit insbesondere in der Innenstadt Vorlage: 326/07

I/B/1473

Frau Dr. Kordfelder erläutert ausführlich die Vorlage.

Herr Niehues bedankt sich für die gegebenen Informationen. Er stellt fest, dass die von der CDU-Fraktion geforderten Punkte wie die dringend notwendige Aufklärungskampagne zu Ordnungspartnerschaften, die Umsetzung des „Rheiner Saubermanns“, sowie die Ad-hoc-Eingreifgruppe zum Thema Graffiti von der Verwaltung aufgegriffen seien. Bezogen auf das Thema Graffiti sei bei den Technischen Betrieben die Ausstattung sowie die Sach- und Fachkunde bereitzustellen. Im Rahmen der Umorganisation der Technischen Betriebe zur Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) sei dieses Anforderungsprofil mit zu berücksichtigen.

Der CDU-Fraktion sei aufgefallen, dass bereits neue Graffiti an vermehrt kahlen nackten Wänden aufgetaucht seien. Herr Niehues schlägt daher vor, zu mehr Begrünung in diesen Bereichen, speziell im Bereich des Emsufers und der Emsmauer, zu kommen. Zum Verzicht der Kaugummientfernung könne sich die CDU-Fraktion noch nicht entschließen. Es seien vielmehr der Zeitraum sowie das anzuwendende Verfahren zu eruiert.

Für das Projekt „Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt Rheine“ müssten weitere Mittel bereitgestellt werden. Hierzu sei seine Fraktion bereit, so Herr Niehues abschließend.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Die aufgeführten Maßnahmen hätten einen in erster Linie kontrollierenden Charakter für die Innenstadt.

Herr Reiske bezieht sich auf eine feste Gruppe Jugendlicher, die sich im Bereich der Ems, Höhe Emsbühne, aufhielten. Er schlägt vor, im Rahmen einer aufsuchenden Sozialarbeit diesen Jugendlichen Alternativen zu bieten. Das damals beschlossene Konzept zur Sozialarbeit sei zu erweitern. Er bittet die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses folgende Fragen zu erörtern:

1. Wie findet man Zugang zu den Jugendlichen?
2. Welche Alternativen gibt es?

Frau Ehrenberg bedankt sich für den Hinweis und schlägt vor, diese Diskussion im Jugendhilfeausschuss zu führen.

Herr Holtel bezieht sich auf die Wildplakatierung im gesamten Stadtgebiet von Rheine und bittet die Verwaltung hiergegen vorzugehen.

Herr Kuhlmann signalisiert, dass die Problematik bekannt jedoch nicht unproblematisch sei. Derzeit stehe die Verwaltung mit einigen Firmen im Kontakt. Die Gespräche seien hier abzuwarten. Zur Anregung von Herrn Niehues zu mehr Begrünung in Bereichen von Graffiti, teilt Herr Kuhlmann mit, dass dieser Gedanke bereits von der Verwaltung aufgegriffen sei. Bei städtischen Bereichen werde eine mögliche Begrünung geprüft und gegebenenfalls durchgeführt werden.

Frau Dr. Kordfelder stellt die Kenntnisaufnahme fest und wirbt für eine Mitgliedschaft des Förderkreises SIR (Sicherheit in Rheine).

Beschluss:

Der HFA nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**8. Raumprogramm Feuerwehr Rheine - Löschzug Mesum
Vorlage: 330/07**

I/B/3120

Herr Kuhlmann verweist auf die Vorlage und macht deutlich, dass der Beschlussvorschlag lediglich das Raumprogramm umfasse.

Für die CDU-Fraktion bittet Herr Niehues den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

Die Notwendigkeit zur Überarbeitung eines Feuerwehrgerätehauses in Mesum wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das überarbeitete Raumprogramm für den Löschzug Mesum der Feuerwehr Rheine wird beschlossen.

Beschluss:

Die Notwendigkeit zur Überarbeitung eines Feuerwehrgerätehauses in Mesum wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das überarbeitete Raumprogramm für den Löschzug Mesum der Feuerwehr Rheine wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn für die Substanzerhaltung am Kindergarten in Rheine Rodde
Vorlage: 353/07**

I/B/3295

Beschluss:

Der HFA stimmt dem vorzeitigen Baubeginn für die Substanzerhaltung am Josef-Kindergarten in Rheine-Rodde, Malterstraße 22 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Ausweisung von Erbbaurechtsgrundstücken in den Baugebieten Rodde - Im Lied, Hauenhorst - Hilgenfeld, Elte - Schmidts Kämpken und Wohnpark Dutum
Vorlage: 291/07**

I/B/3340

Herr Niehues informiert zur Grundstückssituation im Bereich der Stadt Rheine. Erstmals seit 12 Jahren werde die Stadt Rheine Erbbaurechtsgrundstücke in verschiedenen Baugebieten ausweisen. Die CDU-Fraktion verspreche sich durch die Ausweisung eine Aktivierung der Vermarktung von Bauflächen.

Zur Ausweisung der Erbbaurechtsgrundstücken in Elte gibt Herr Niehues zu bedenken, dass diese 13 Grundstücke zur Eigenentwicklung von Elte dienen sollen. Ob hier noch Anreize gegeben werden müssten sei fraglich.

Herr Niehues bezieht sich auf die schwierige Grundstückssituation in Rodde. Der geforderte Preis für ein erschlossenes Grundstück betrage 80-82 Euro je m² einschließlich Erschließung. Dies sei für Rodde viel Geld. Rodde stehe in einem Wettbewerb mit den Gemeinden Hörstel und Bevergern. Dort seien Grundstücke für sehr viel weniger Geld zu erwerben. Herr Niehues regt an, neben der Ausweisung von Erbbaurechtsgrundstücken, die Preisstruktur in Rodde zu überdenken. Er bittet die Verwaltung, in einer gesonderten Vorlage die Konkurrenzsituation für Rodde mit Gellendorf, Bevergern und Hörstel darzustellen.

Herr Hötter verweist auf das praktizierte Förderprogramm des Fachbereichs 8 „Wohn- und Grundstücksmanagement“. Elte sei in dieser Vorlage aufgenommen worden, damit alle Baugebiete gleichbehandelt sind. Die Vermarktung der Grundstücke werde im Jahr 2009 beginnen. Ein erstes Grundstück sei bereits verkauft, welches nicht für den Erbbau ausgewiesen werden sollte.

Die Einschätzung von Herrn Niehues zur Grundstückssituation in Rodde teilt Herr Hötter nicht. Er gibt zu Bedenken, dass Rodde erst kürzlich an den Markt gegangen sei. Die Haushaltsplanvorgabe 4 Grundstücke zu verkaufen stünden zwei verkaufte und vier Kaufoptionen entgegen. Bei den Kaufoptionen sei die Bewilligung von öffentlichen Mitteln abzuwarten. Werden diese bewilligt, stehe dem Verkauf nichts entgegen. Er sehe daher keine Veranlassung, die Grundstückspreise in Rodde anzupassen.

Herr Niehues stellt keinen Abänderungsantrag bezogen auf den Bereich Elte. Er bittet jedoch die Verwaltung, mit den Grundstücken in Elte sehr restriktiv umzugehen und bei den Erbbaurechtsgrundstücken sich zunächst auf Elter Bürger zu konzentrieren.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

Die Stadt Rheine weist in den Baugebieten Rodde – Im Lied, Hauenhorst-Hilgenfeld, Elte – Schmidts Kämpken und im Wohnpark Dutum Erbbaugrundstücke aus.

1. Mengenmäßig wird die Anzahl der Grundstücke, an denen ein Erbbaurecht ausgegeben werden soll. wie folgt festgelegt:

a) Rodde – Im Lied:	6 Grundstücke
b) Hauenhorst – Hilgenfeld:	18 Grundstücke
c) Wohnpark Dutum:	13 Grundstücke
d) Elte – Schmidts Kämpken:	4 Grundstücke

2. Der Basiswert (Bodenrichtwert) für die Errechnung des Erbbauzinses beträgt:

a) Rodde – Im Lied:	62 €/m ²
b) Hauenhorst- Hilgenfeld Ost:	81 €/m ²
c) Wohnpark Dutum (je nach Lage):	zw. 133 €/m ² und 153 €/m ²
d) Elte – Schmidts Kämpken:	76 €/m ²

3. Zusätzlich zu den Festsetzungen gem. Ziffer 2 sind von den Erbbauberechtigten Erschließungsbeiträge und der einmalige Kanalanschlussbeitrag zu zahlen.
4. Der Erbbauzins beträgt 3% jährlich. Er wird im Wert gesichert durch die Anbindung an den Verbraucherpreisindex.
5. Das Erbbaurecht wird auf 99 Jahre vergeben.
6. Alle Kosten, die aus dem Abschluss des Erbbaurechtsvertrages entstehen, einschließlich der Vermessungskosten sowie der Übernahmegebühren des Katasteramtes Steinfurt, Kosten des Lageplanes und der Grunderwerbsteuer gehen zu Lasten der Erbbauberechtigten. Sie tragen auch die Kosten aus dem Anschluss an die öffentlichen Versorgungsleitungen (Strom, Gas, Wasser). Es gelten die allgemein üblichen Bedingungen wie beim Verkauf städtischer Baugrundstücke (Baufristen, Weiterveräußerungsverbot usw.)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10.1. Leistungsorientierte Bezahlung der Bediensteten der Stadt Rheine - Einbeziehung der Beamten und Beamtinnen
Vorlage: 345/07**

II/A/0600

Frau Dr. Kordfelder erläutert die Vorlage.

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Niehues mit, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Es bestehe noch ein großer Nachfragebedarf. Im Prinzip sei gegen eine leistungsorientierte Bezahlung der Bediensteten der Stadt Rheine nichts einzuwenden. Es müsse jedoch geklärt werden, ob die Personengruppen bzw. Rahmenbedingen ohne weiteres vergleichbar seien. Eine pauschale Gleichstellung von tariflich Beschäftigte zu Beamte sehe er nicht.

Für die weitere Beratung bitte die CDU-Fraktion um eine vergleichbare Netto-Netto Betrachtung. Darüber hinaus seinen Informationen heranzuziehen, wie vergleichbare Städte mit diesem Thema umgingen.

Nach einer ausgiebigen Diskussion an der sich die Herren Reiske, Holtel, Roscher, Wilp, Brauer und Niehues beteiligten, fasst Frau Dr. Kordfelder zusammen. Die Fraktionen nehmen den Inhalt zur Kenntnis. Ein Beschluss werde erst gefasst, wenn ein Netto-Netto Vergleich sowie Erfahrungen vergleichbarer Kommunen vorliegen.

11. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

II/A/3415

Frau Dr. Kordfelder verliest der der Niederschrift als Anlage 3 beigefügten Vermerk zu Zuwendungen für Investitionen und Ausstattung in Ganztagschulen. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

Herr Roscher reicht einen Antrag der SPD-Fraktion zur TAT-Umstrukturierung ein. Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

12. Einwohnerfragestunde

II/B/0295

Es folgen keine Wortmeldungen.

13. Anfragen und Anregungen

II/B/0330

Herr Niehues bezieht sich auf die Kirchenschließung Sankt Konrad und weist auf weitere mögliche Kirchenschließungen hin. Er regt an, Gespräche mit den Geistlichen, den Fraktionsvorsitzenden sowie mit der Bürgermeisterin zu führen.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass bereits vertrauliche Gespräche stattgefunden haben. Zum nächsten Gespräch werde sie die Politik einbinden.

Frau Helmes bezieht sich auf einen gestellten Bauantrag über ein Kneipptretbecken und fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Frau Ehrenberg sowie Herr Kuhlmann berichten, dass der Antrag eingegangen sei. Der Entscheidungsprozess sei jedoch noch nicht abgeschlossen.

Ende des öffentlichen Teils:

19:35 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Michael Vogelsang
Schriftführer